DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

9/87

Keine Stimme neuen und alten Nazis zur Bürgerschaftwahl!

Der Landeswahlausschuß hat getagt. Die Kreiswahlausschüsse haben in letzter Instanz entschieden. In Bremen sind u. a. zur Bürgerschaftswahl die DVU-Liste D, FAP und die Republikaner zugelassen.,

Es gibt keinen Zweifel mehr, Bremen wird von den rechten Kräften als Testfeld angesehen. Sie erhoffen sich bei dieser Wahl eine Signalwirkung mit Auswirkungen auch auf andere Bundesländer. Deshalb will die neofaschistische DVU-Liste D zwischen 2 bis 3,5 Millionen DM in ihre Wahlpropaganda investieren.

Erschreckend ist in dieser Propagandaschlacht, wie hier von neofaschistischen Gruppen Themen gesetzt werden. Mit nationalistischen Sprüchen wird gegen Friedensvorschläge gehetzt und werden Ausländer zu Feinden erklärt. Mit „law and order"-Sprüchen wird gegen die demokratische Bewegung angegangen und soll der Polizeistaat durchgesetzt werden.

Was für Konsequenzen müssen wir aus dieser Entwicklung ziehen?

Das Problem „Neofaschismus" wird in allen gesellschaftlichen Bereichen in Bremen diskutiert. Es kommt jetzt darauf an, daß diese Diskussion zu einer politischen Grundstimmung in Bremen mit dem Ziel beiträgt: Keine Stimme für DVU-Liste D und FAP. Keine Stimme für die Republikaner.

– Die Initiative Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus hat sich vorgenommen, bis zur Wahl nochmals Zeichen zu setzen. Das Bündnis fordert alle auf, bis zur Wahl weiter Unterschriften für das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen zu sammeln. In einzelnen Stadtteilen haben sich schon Initiativen gebildet, die dieses Anliegen mit eigenen Aktivitäten unterstützen wollen. (Ostertor-Steintor-Peterswerder/Hemelingen/Vahr/Huchting/Neustadt/Gröpelingen/HB-Nord/Bremerhaven). Unterschriftenlisten gibt es im VVN-BdA Büro (Tel. 38 29 14).

Das Bündnis will in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar machen, daß es in Bremen eine breite Stimmung gegen neofaschistische Kräfte gibt. Deshalb wird für die Demonstration zum 1. September ein Block gegen Neofaschismus vorbereitet. Wir fordern alle Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA auf, sich unter dem Transparent „Keine Stimme für alte und neue Nazis in Bremen" zu versammeln und zu demonstrieren (1. Sept., 17.30 Uhr Kornstr./Kirchweg).

– Am 6. September wollen die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten, die Lidice-Initiative und die VVN – Bund der Antifaschisten gemeinsam eine klare und deutliche antifaschistische Manifestation auf dem Osterholzer Friedhof veranstalten. Mit dieser Gedenkveranstaltung soll in Bremen einmal mehr sichtbar gemacht werden, daß die Menschen in unserer Stadt sich über die Bedeutung der Erinnerungsarbeit bewußt sind. Wir wollen die Vergangenheit nicht verdrängen oder vergessen. Wir wollen vielmehr durch die Erinnerung an sie uns für eine positive Zukunftsgestaltung wappnen.

– Am 10. September findet ein „Rock gegen Rechts Konzert" in der HT-Mensa statt. Auch dort können wir durch die breite öffentliche Teilnahme noch zwei Tage vor der Wahl sichtbar machen „alte und neue Nazis sollen in Bremen niemals wieder eine Chance" haben.

Über den Wahltag hinaus müssen wir bereits jetzt in den Gruppen und Kreisen anfangen, neue Ansätze für die Weiterarbeit zu entwickeln. In den Initiativen und Bündnissen, die sich zur Wahl gegen die Kandidatur neofaschistischer Organisationen gebildet haben, gibt es übereinstimmend die Meinung, es muß auch nach der Wahl – egal wie sie ausgegangen ist – weitergearbeitet werden. Unklar ist, wie sollte weitergearbeitet werden, um zukünftig besser in die Auseinandersetzungen gegen neofaschistische Gefahren angehen zu können.

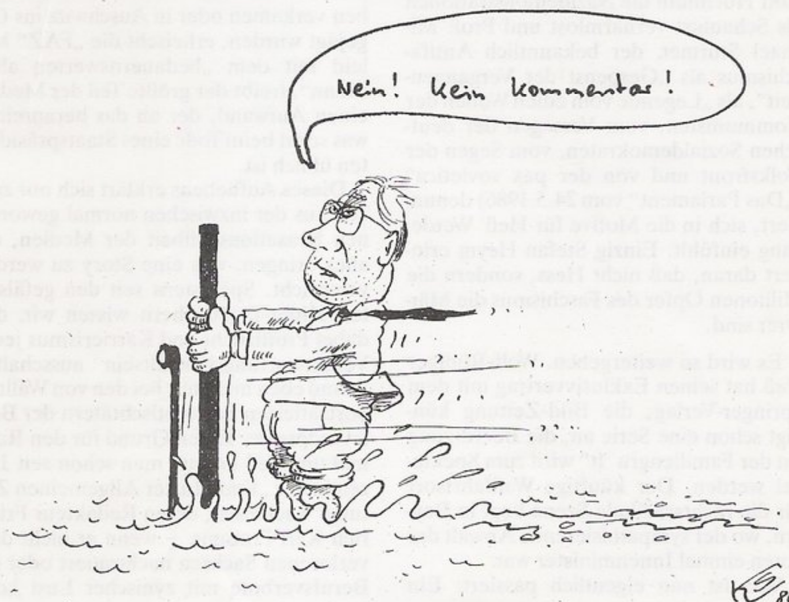
Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die ersten Überlegungen der „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus":

– Wir müssen uns inhaltlich stärker mit dem Problemfeld Ausländer/Ausländerfeindlichkeit auseinandersetzen.
– Wir müssen das Problem Neofaschismus stärker in der Friedensbewegung thematisieren.
– Wir müssen unser Augenmerk stärker auf die Fragestellung Jugend und Neofaschismus/Antifaschismus richten.

Es muß stärker als bisher gelingen, durch die antifaschistische Bewegung Politikfelder zu besetzen. Sie muß positive Alternativen für eine antifaschistische Zukunftsgestaltung setzen.

V. H.

(Vergleiche auch unser neues Orientierungs-Aktionsprogramm Abschnitt III.2. **Für antifaschistische Demokratie** S. 37 – 42.)



Der Rummel um Heß

Es gibt Zeiten, in denen einem das Zeitungslesen und Fernsehen körperliche Übelkeit verursacht. Dieser Sommer hat es in dieser Beziehung in sich: Nach wochenlanger öffentlicher Diskussion um die Frage, wie unfein Folter ist, nun auch noch die Sensationsmeldungen, Nachrufe und Sondersendungen zum Tode des Rudolf Heß.

Als gäbe es nichts Wichtigeres auf der Welt – wen interessiert es schon, ob die Amerikaner am Golf dabei sind, einen Krieg zu provozieren, ob Daimler seine Schwarzen in Südafrika aussperrt, oder ob die Bundesregierung den Finger an den Pershings behalten will? – bringen Funk und Fernsehen den Tod des „Hitlerstellvertreters" tagelang als Topmeldung. Das ZDF wirft seinen Programmplan um und wiederholt eine ältere Sendung über den „Gefangenen von Spandau", die Weißwäscherei und Begnadigungsappelle in einer Weise vorträgt, daß man glauben kann, sie sei von der Initiative „Freiheit für Rudolf Heß" gedreht worden.

Nachdem so die Sensation erzeugt worden ist – was eigentlich ist an dem Ende eines 93jährigen verurteilten Verbrechers sensationell? – passiert natürlich das, was in unserem Lande zu erwarten ist: Alt- und Neonazis rotten sich, von den Behörden weitgehend unbehelligt, in Spandau und an der Feldherrenhalle in München zusammen, mal mit der Reichskriegsflagge, mal mit der Bundesfahne und lassen ihre Sprüche ohne Scheu in die bereitwillig hingehaltenen Mikrophone ab. Und schon hat man die nächste Sendung, diesmal im 1. Programm. Und da das viel fortschrittlicher ist, wird nun eine besorgte Sondersendung über das selbst mitproduzierte Echo gebracht. Neben dem Sohn, der die Gelegenheit nutzt, seine Legende vom mysteriösen Tod seines Vaters unter die Leute zu bringen, wird eine Gesprächsrunde gesendet, in der Rolf Huchhuth die Nazidemonstrationen als Schaulust verharmlost und Prof. Michael Stürmer, der bekanntlich Antifaschismus als „Gespenst der Vergangenheit", als „Legende vom edlen Wollen der Kommunisten, vom Versagen der deutschen Sozialdemokraten, vom Segen der Volksfront und von der pax sovietica" („Das Parlament" vom 24.5.1986) denunziert, sich in die Motive für Heß' Werdegang einfühlt. Einzig Stefan Heym erinnert daran, daß nicht Hess, sondern die Millionen Opfer des Faschismus die Märtyrer sind.

Es wird so weitergehen. Wolf-Rüdiger Heß hat seinen Exklusivvertrag mit dem Springer-Verlag, die Bild-Zeitung kündigt schon eine Serie an, die Beerdigung „in der Familiengru ft" wird zum Spektakel werden. Der künftige Wallfahrtsort für die rechtsradikale Szene liegt in Bayern, wo der sympathisierende Anwalt des Toten einmal Innenminister war.

Was ist nun eigentlich passiert: Ein hochrangiger, alter Nazi – Mitglied Nummer 16 der NSDAP –, der Anteil hatte an allen Verbrechen des Regimes bis zu seinem Flug nach England (und das ist eine lange Liste: von der Verfolgung, Folterung und Ermordung der Nazigegner, über die Ju en progrome bis zu den Überfällen auf Polen, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland), dessen „Friedensmission" den Sinn hatte, Hitler den Rücken für den Angriff auf die Sowjetunion freizumachen, hat sich im hohen Alter von 93 Jahren umgebracht. Er war, wie sein Auftreten beim Nürnberger Prozeß und Gespräche mit den Gefängniskommandanten aus den 70er Jahren zeigen, ein völlig unbelehrbarer fanatischer Anhänger seines Führers, dem jede Reue fremd war.

Niemand wird befürworten, einen normalen Verbrecher 20 Jahre in Einzelhaft zu halten. Daher haben sich für seine Begnadigung auch Menschen eingesetzt, die keineswegs mit Heß sympathisierten, sondern aus humanitären Gründen gegen buchstäblich lebenslange Strafen und Einzelhaft eintreten. So grundsätzlich richtig solche Argumente auch sind, in diesem Fall greifen sie nicht, denn erstens war Heß kein üblicher Krimineller, sondern Repräsentant des verbrecherischsten Regimes der Geschichte und zweitens war er – nicht zuletzt wegen der Aktivitäten seiner Freunde – Symbolfigur für den Rechtsradikalismus. Ihn freizulassen hätte das in Permanenz erzeugt, was wir nun bei seinem Tode erleben.

Was schließlich wiegt die Strafverbüßung dieses Mannes im Vergleich zu den Millionen, die das von ihm mitgeführte Regime verstümmelt, vergast, erschlagen hat? Aber statt derjenigen zu gedenken, denen durch Heß und seine Kumpane die Chance genommen wurde, 93 Jahre alt zu werden, die nicht einmal 30 oder nur 3 Jahre alt wurden, weil sie im Schützengraben verkamen oder in Auschwitz ins Gas gejagt wurden, erheischt die „FAZ" Mitleid mit dem „bedauernswerten alten Mann", treibt der größte Teil der Medien einen Aufwand, der an das heranreicht, was sonst beim Tode eines Staatspräsidenten üblich ist.

Dieses Aufhebens erklärt sich nur zum Teil aus der inzwischen normal gewordenen Sensationsgeilheit der Medien, die alles bringen, was eine Story zu werden verspricht. Spätestens seit den gefälschten Hitler-Tagebüchern wissen wir, daß dabei Profitsucht und Karrierismus jedes Verantwortungsbewußtsein ausschalten – und eben nicht nur bei den von Wallraff porträtierten Schreibtischtätern der Boulevardpresse. Einen Grund für den Rummel um Heß konnte man schon seit Jahren in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nachlesen, deren Redakteur Friedrich Karl Fromme – wenn er nicht dem verlorenen Sachsen nachtrauert oder die Berufsverbote mit zynischer Lust kommentiert – immer wieder für Heß eintrat. Zwar kam auch die FAZ mit den üblichen rechten Argumenten: Siegerjustiz, Heß war nur ein kleiner Nazi, dessen Bedeutung überschätzt wurde, auch die Alliierten haben Verbrechen begangen, etc., aber sie ging darüber hinaus und erklärte damit, warum auch das anständige Bürgertum, also der in stabilen Zeiten nichtrechtsradikale Teil der Bourgeoisie für Heß fühlte: Heß – so der Tenor bei Fromme – war doch einer von uns: aus guter, in der Inflation fast verarmter Kaufmannsfamilie kommend, Offizier des Ersten Weltkriegs, in schwerer Zeit von Hitler verführt (wer war das nicht?), aber im Kriege hatte er eigentlich eine ganz vernünftige Idee: Frieden mit England, um Sowjetrußland niedermachen zu können. So einen können wir doch nicht im Stiche lassen.

Diese bürgerliche Klassensolidarität, gesteigert noch durch das Bewußts[illegible] daß man selbst oder die Eltern oder [illegible] Geschäftsfreunde doch damals auch dabeigewesen waren, erklärt warum die FAZ eine Traueranzeige der „Deutschen Konservativen" abdruckt, die in „ohnmächtigem Zorn und tief beschämt" um Heß trauern.

Schließlich – und das ist das Schlimmste – paßt der öffentliche Aufwand um das späte Ende des Kriegsverbrechers gut in die vielfältigen Bemühungen um die Entsorgung der faschistischen Vergangenheit, für die die „Historikerdebatte" nur ein Beispiel ist. Die Legendenbildung um seinen Tod, die mitleidheischende Berichterstattung, die dem Täter und nicht den Opfern gilt, die Denunzierung der Nürnberger Prozesse als Siegerjustiz – das alles bereitet den Boden für das, was wir an rechtsradikalen Bestrebungen beispielsweise im Bremer Bürgerschaf[illegible]wahlkampf erleben. Natürlich gibt es [illegible]genwärtig nicht die Gefahr des Faschismus in der Bundesrepublik, natürlich sind die Neonazi-Gruppen klein und relativ unbedeutend. Aber als Option für schlimmere Krisenzeiten, als Ablenkungs- und Druckinstrument scheinen sie Teilen der Herrschenden ebenso wichtig zu sein wie als Hilfsmotor für eine weitere Rechtswende der politischen Kultur.

Daran mitzuwirken scheinen sich auch die seriösen Medien nicht zu schade. Wie gesagt, manchmal ist es unerträglich in unserem Land.

Heinz-Gerd Hofschen

Prüfsteine

*Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden,*

in der Propaganda zur Wahl der 13. Bürgerschaft am 13. September, zeichnen sich zwei Hauptlinien ab:

Die Linie der hektischen, aggressiven, neofaschistischen Parteien und die Linie, die von dem vom antifaschistischen Bewußtsein geprägten demokratischen Parteien, vertreten wird.

Die Millionen verschlingende, revanchistische, nationalistische, vom Haß geprägte Ausländerfeindlichkeit der Neonaziparteien, hat den Willen zum Zusammenschluß der Antifaschisten gestärkt.

Ich denke wir, die VVN-BdA, haben dafür einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die 1971 erfolgte Öffnung zum Bund der Antifaschisten für junge Frauen und Männer hat die Tradition des antifaschistischen Widerstandes fortgesetzt. Die Tradition, die auf den Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes, in den Jahren des Faschismus und Krieges fußt. Wie bei der Gründung der VVN vor 40 Jahren, sind wir Kameradinnen und Kameraden, heute Mitglied der DKP, wie der SPD, der Grünen, der Jusos, SDAJ und Falken. Nicht wenige sind Mitglied in den Gewerkschaften, den religiösen Gemeinden und deren Jugendorganisationen. Wir sind als Organisation schon ein antifaschistisches Bündnis. Ein Bündnis, das in den Initiativen für Frieden, Völkerverständigung u.a. für die Vermittlung der Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes wirkt.

Wir sind ein Bündnis, eine parteienübergreifende, nicht parteigebundene, aber nichts desto weniger eine politische Organisation. Eine Organisation die an dem Grundsatz festhält:

Vom deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

Antifaschistische Politik war von allem Anfang an, Friedenspolitik. Und die Partei, die heute – in Bremen wie in Bonn – für die Verschrottung der Pershing 1 A samt Atomsprengköpfen ohne wenn und aber ist, der gehört unsere Stimme.

Diese Friedenspolitik lehnen die neofaschistischen Organisationen ab, darum fordern Antifaschisten die Auflösung und das Verbot nach Art. 139 des Grundgesetzes (GG). Die herrschende Meinung in der BRD ist, die NPD/DVU – Liste D, die FAP, die Republikaner des ehemaligen SS-Mannes Schönhuber u.s.w. seien Parteien und könnten nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden., Das ist meines Erachtens die Meinung der in der BRD Herrschenden, die so, wie sie gegen die Anwendung des Art. 15 GG (Sozialisierung) sind, so sind sie auch gegen die Anwendung der Art. 139 und 9 Abs. 2 der nicht mehr oder weniger sagt:

„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider laufen, oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung, oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Also, das GG sagt eindeutig, „sind verboten". Unsere Demokratie wird nicht verletzt, wenn den Neonazis das Recht genommen wird, die Demokratie für ihre verbrecherischen Ziele zu nutzen.

Nun, um diese Meinung geht noch ein Streit, der nicht nur ein juristischer ist. Es ist auch ein Streit um das Demokratie-Verständnis.

Die Gewährung der Grundsätze der Demokratie, für die Organisationen und Personen, die ganz offen die Ziele des Nazisystems verkünden, bekämpft man nicht mit der blauäugigen Duldung. Ihre antikommunistischen Parolen, z.B. „Rotfront verrecke", macht die Alt- und Neofaschisten nicht zu Demokraten. Eine Erfahrung dürfte genügen. Es sei an 1933 erinnert: Erst holten sie die Kommunisten, dann die Gewerkschafter und Sozialdemokraten und dann alle anderen bis zu den liberalen Konservativen.

Diese Lehre gilt es auch im Bremer Wahlkampf zu beherzigen.

Ich empfehle daher: Kameradinnen und Kameraden, gebt Eure Stimme der Partei, die ohne wenn und aber für die Anwendung der antifaschistischen Grundsätze des GG und der bestehenden Strafgesetze ist.

Und nach der Wahl geht der Kampf um die antifaschistische Bundesrepublik weiter.

Willy Hundertmark

Dankeschön

an die „Stallwache".

DM 1000,– übergab der Senator für Finanzen, Klaus Grobecker, den Vertretern der Lidice-Initiative Pastor Dr. Ernst Uhl und Willy Hundertmark. Die „Stallwache" ist ein in Bremen erstmalig durchgeführtes Beisammensein für die Beamten, die in der Freizeit die Stellung halten. Eingeladen hatte der Senator auf den Dachgarten des Finanzamtes. Die Beamten zahlten 1,00 DM für jedes Getränk und Appetithappen über den tatsächlichen Preis. Diese 1,00 DM mehr hat die Initiative erhalten, weil der Senator durch die zweimalige Rosenpflanzaktion auf die Initiative aufmerksam wurde. Schönen Dank an die Beamtinnen und Beamten, die diese Summe „erfeierten".

Ilja Ehrenburg

So kann es nicht weitergehen! Schrecklich ist nicht nur der Krieg, den **eine Handvoll Verbrecher plant**, schrecklich ist auch das Fieber der Erwartung, das gegenseitige Mißtrauen, die Lüge, der Haß, die undurchsichtigen Mauern, die ein Volk vom anderen trennen, das Säbelrasseln, die Verwilderung der heranwachsenden Generation, die todbringenden Erfindungen und die wachsende Schutzlosigkeit des Menschen. So kann es nicht weitergehen…

Bertolt Brecht

„Wer die Wahrheit nicht weiß, ist nur ein Dummkopf.
Wer die Wahrheit weiß und Lüge nennt, ist ein Verbrecher."

Am 21. Juli starb unsere Kameradin

Grete Knigge.

Ihre Fröhlichkeit und Einsatzfreudigkeit wird uns stets gegenwärtig sein.

Der Landesvorstand

Mazabotto, Lidice,...

Bremen übt internationale Solidarität mit Märtyrerstädten.

Vom 9. – 29. August 1987 fand in Bremen-Nord ein internationales Workcamp mit Teilnehmern aus Italien, Ungarn und aus der CSSR statt. Herausragend war sicherlich die Anwesenheit der italienischen Delegation mit 40 Einwohnern, jung und alt, aus der Gemeinde Marzabotto bei Bologna. Die Einwohner erwiderten damit den Besuch von Teilnehmern des Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack in Marzabotto letztes Jahr.

Marzabotto ist ähnlich, wie Lidice, eines der vielen Dörfer und auch Städte in Europa, die während der Nazi-Okkupation von den deutschen Faschisten vernichtet wurden. 1700 Menschen hauptsächlich Greise, Frauen und Kinder wurden damals ermordet.

Auf der Bahrsplate in Blumenthal haben die Teilnehmer des Workcamps in den drei Wochen ihres Aufenthaltes erste Arbeiten zu einer neuen Gedenkstätte für die dort ermordeten Zwangsarbeiter der deutschen Rüstungsindustrie durchgeführt. An dieser Stelle fand am 15.8. auch die zentrale Kundgebung des Camps statt. Der Bremer Senat war gleich mit drei Senatoren dort vertreten, aber auch Vertreter der CSSR-Botschaft und des italienischen Konsulats waren anwesend.

Die verschiedenen Redner unterstrichen, daß durch die internationale Zusammensetzung des Camps die Saat des Antifaschismus, der Völkerfreundschaft und vor allem des Friedens in ganz Europa aufgehen kann. Angesichts der neofaschistischen Wahlpropaganda in Bremen hoben insbesondere die ausländischen Vertreter hervor, daß deutliche Zeichen gesetzt werden müssen, den Neofaschismus zu beseitigen. Verbot und Auflösung der neofaschistischen Parteien und Aufklärung der Jugend wurden gefordert.

Bürgermeister Henning Scherf sprach sich lobend über die Partnerschaft vom Gustav-Heinemann Haus zu Marzabotto aus. Solche Initiativen „von unten" hätten im Hinblick auf zukünftige Partnerschaften wichtige Beiträge geliefert, die jetzt eine formelle Grundlage erhalten sollten. Später würde er bei einem Ratsempfang diesbezüglich dem Bürgermeister von Marzabotto offizielle Schriftstücke übermitteln, die eine Partnerschaft ähnlich wie die von Bremen zu Haifa, Poona und Corintho bekräftigen. Die VVN-BdA begrüßt diese Entwicklung, weil hierdurch die Zusammenarbeit mit sogenannten Märtyrerstädten vertieft wird. Konkrete „Trauerarbeit" als Voraussetzung für eine Welt ohne Faschismus kann auf Grundlage solcher Partnerschaften geleistet werden.

Wir meinen, daß es deshalb notwendig ist, gerade in dieser Partnerschaft den tschechoslowakischen Ort Lidice einzubeziehen. Auch Lidice gehört zu den Märtyrerstädten.

Bremen, eine Stadt mit demokratischen und antifaschistischen Traditionen kann eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung zwischen dem deutschen Volk und diesen Märtyrerstädten einnehmen und Zeichen setzen, die in dieser Schwarzen Republik kaum noch für möglich gehalten werden. Durch die Erhaltung des Lidice Hauses in Bremen St. Magnus als Jugendbildungsstätte steht schon ein Träger solcher internationalen Kooperation bereit!

J. G.

Singekreis Hermann Böse

Wir treffen uns im September am Donnerstag den 10., Donnerstag, den 24. und im Oktober am Donnerstag, den 08., jeweils um 19 Uhr im Büro der VVN-BdA-Bgm.-Deichmannstr. 26.

Hallo, Sängerinnen und Sänger:

Am Sonntag, den 06. September nehmen wir an der Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus und des Krieges teil. Wir treffen uns um 9.45 Uhr am Haupteingang des Osterholzer Friedhofes.



Geburtstage im September

Wilhelm Teresa	5.9.	85 Jahre
Karl-Heinz Müller	7.9.	61 Jahre
Anita Böhme	9.9.	77 Jahre
Karl Wölz	18.9.	67 Jahre
Anni Pfarr	18.9.	78 Jahre
Liesbeth Jessart	21.9.	85 Jahre
Elisabeth de Vries	22.9.	74 Jahre
Auguste Muck	22.9.	81 Jahre









GRUPPENTERMINE VVN-BdA

Gruppe Ost:	23.9.	19:30 h	Weserterassen
Gruppe West:	21.9.	20:00 h	Brgm. Deichmann Str.
Bremen Nord:	9.9.		Bürgerhaus Gustav Heinemann
VVN Frauentreff:	3.9.	20:00	Brgm. Deichmann Str.